





# Zum Streit um die Beamtenbesoldungsreform

## Ein Urteil Stegerwalds:

### Die christliche Arbeiterschaft stand allein, die freien Gewerkschaften versagten

Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ veröffentlichte in Nr. 296 vom 18. Dezember 1927 folgenden sehr beachtenswerten Beitrag vom Kollegen Stegerwald über den Streit um die Beamtenbesoldungsreform. Bei der Abstimmung über das Gesetz enthielten sich die meisten christlichen Arbeitervertreter im Reichstag der Stimme. Wie wir die ganze Frage zu sehen haben, wird in dem Artikel scharf gezeichnet.

D. R.

Das Beamtenbesoldungsgesetz ist im wesentlichen verabschiedet worden, wie es die Regierung dem Reichstag vorgelegt hat. Eine Großtat vermögen wir nicht wie vor in dem Gesetz nicht zu sehen. Angst und Wahlfieber haben ihm im Reichstag eine hohe Mehrheit verschafft. Die Angst in den politischen Parteien bewegte sich zwischen den Vertretern der Wirtschaft, des Mittelstandes, der Kleinbauern und der Arbeiter auf der einen und den Beamten auf der anderen Seite. Da fast alle Tageszeitungen Inhalt und Auswirkung der Vorlage auf den verschiedensten Gebieten ihren Lesern vorzuenthalten haben und so die Beamten eine größere Aktiviät entfalten konnten als die unwissenden Steuerzahler und sozial am stärksten bedrängten Schichten, haben sie geliegt.

Wir wollen indes auch den Beamten nicht unecht tun; daraus, daß sie so handelten, wie geschehen, können ihnen im letzten Grunde kein Vorwurf gemacht werden. Man konnte den Beamten nicht zumuten, daß sie etwa weniger vertreten sollten, als ihnen die Regierung angeboten hatte. Die Verantwortung für das Gesetz entfällt auf die Reichsregierung und nicht auf das oben gekennzeichnete Verhalten der Parteien im Reichstag. Die Konstruktion von Gesetzen ist Sache der Interessensvertretungen, in diesem Falle der Beamten, sondern Aufgabe der Regierung. Die Konstruktion der Beamtenbesoldungsvorlage war von vornherein falsch. Sie brachte den Beamten eine wertvolle Besoldungserhöhung, die notwendige Ergänzung aber, nämlich eine Staatsvereinfachung, aus Staatsvereinfachungen größeren Stils sind in Deutschland nicht möglich ohne Verfassungsänderungen, wofür im Reichstag eine 2/3-Mehrheit notwendig ist. Die Erhöhung der Beamtenbezüge ist mit 2/3-Mehrheit angenommen worden; auf eine 2/3-Mehrheit für die Staatsvereinfachungen dagegen wird man jetzt, nachdem der günstige Anlaß ungenutzt blieb, bis zum „St. Nimmermehr-Tag“ warten müssen. Das nennt man Politik der verordneten Gelegenheiten. Diese Politik wurde in den letzten Wochen nachdrücklich von uns bekämpft, und wird von uns weiter mit der größten Entschiedenheit bekämpft werden. Bei dem Wirrwarr unter den politischen Parteien, bei dem Streit zwischen Reich und Ländern, bei der unterschiedlichen Auswirkung der Besoldungsvorlage in Reich, Ländern, Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost war es nicht zu vermeiden, daß vielfach, auch in falschen Frontstellungen gekämpft wurde. Darüber wird später noch einiges zu sagen sein.

Bei dem Kampf um das Besoldungsgesetz ging es nicht um Reich, Mühsun und engere Betrachtung der Dinge; wir befinden uns vielmehr gegenwärtig in Deutschland im entscheidenden Kampf um die soziale Ausgestaltung des Staates. Die Beamtenbesoldungsvorlage war lediglich ein Ausschnitt aus diesem Kampf. Daß die deutsche Arbeiterschaft neun Jahre nach der Staatsvereinfachung, die ihnen die Staatsmacht in die Hände gespielt hatte, bereits wieder in schweren Verteilungsstellungen kämpfen muß, ist eine schier unfassbare Tatsache. Aber alles hat seinen Grund. So lange der Einfluß des verstorbenen Reichspräsidenten über die Sozialdemokratie stark war, hat diese den politischen Notwendigkeiten der Stunde Rechnung getragen. Allmählich verringerte sich Eberts Einfluß, weil er als Reichspräsident auch unter unpopuläre Dinge seinen Namen setzen mußte. Nun veränderte die Sozialdemokratie ständig zwischen Politik und Agitation hin und her. Das zeigte sich jetzt wieder bei der Beamtenbesoldungsvorlage, wo in ihrer Gegenwart die Agitation den Sieg über soziale Politik davongetragen hat. Hier liegt der Schlüssel für die unzulängliche Stellung der deutschen Arbeiterschaft im Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsleben der Gegenwart.

Bei der Regierungskrise im Dezember vorigen Jahres, als ich mich nachdrücklich für die große Koalition einsetzte, schrieb ich in einem westdeutschen Blatt:

„Heute kam mit voller Klarheit beobachtet werden, daß, je weiter wir uns von der Revolution entfernen, desto fester und frecher die Reaktion hervortritt. Staatsverwaltung und Justiz sind noch gar nicht darauf eingestellt, daß etwas Neues werden soll. Beide bliden, im ganzen gesehen, noch vielmehr rückwärts als vorwärts. Schon bei der Großen

nen Herrschaft im Staat beherrscht werden, ganz gleich, ob sie aus dem Adel oder aus Beamten besteht. Sie will den sozialen Volksstaat. Kein Staat kommt aus ohne ein sauberes und materiell sichergestelltes Berufsbeamtentum. Dieses Berufsbeamtentum hat aber in einem Volksstaat Staatsdiener, nicht aber Staatsbeherrscher zu sein. Der alte Staat machte politisch und wirtschaftlich Bankrott. Viele Millionen Menschen haben ihm im Kriege ihren letzten Feinnig an Kriegsanleihe gegeben. Ein nicht geringer Teil dieser Menschen kämpft gegenwärtig einen verzweifelten Kampf um seine nackte Existenz. Ein Staat, der heute Bankrott macht, kann nicht ohne starke Verbitterung seiner Gläubiger von gestern am nächsten Tage seine Staatsdiener materiell sehr viel besser stellen als das Gros der übrigen Staatsbürger, die sich meist nicht nur mit einer kümmerlichen Existenz bescheiden, sondern auch noch über 6 Milliarden Mark (ohne die Gehälter der Reichsbahn und Reichspost, die sich selber tragen) an Gehältern und Pensionen ausbringen müssen.

Zwischen Arbeitern und den unteren Beamten der Reichsbahn und Reichspost, mit denen man sich auseinandersetzen und verständigen kann, braucht kein dauernder Gegensatz zu bestehen. Sobald das Einkommen der vergleichbaren Arbeiter dasjenige dieser Beamten erreicht hat, ist die Basis zu einer Verständigung auf breiter Front gegeben. Ausgeschlossen dagegen ist der Vorriegszustand zwischen höheren und mittleren Beamten auf der einen und den Arbeitern auf der anderen Seite. Die Arbeiter waren vor dem Kriege in dem Klassen- und Kastenstaat das Aischenbrödel auf allen Gebieten. Und nun, einige Jahre nach dem Staatsbankrott, verlangen zu wollen, daß die ehemals gehobenen Schichten unter allen Umständen ihre Friedensrealien wieder erreichen müßten, während noch breite Arbeiterschichten selbst an ihren kümmerlichen Reinkommen von 1914 nicht herankommen konnten, ist eine Unmöglichkeit. Auch geht es nicht, daß etwa mittlere Beamte, die meist nur das Einjährigeneinkommen haben, wofür vier Volksschul- und sechs Gymnasialjahre, also zehn Jahre Schulbesuch erforderlich sind, glauben, neben einem gesicherten Lebensabend, das Doppelte bis zweieinhalbfache am Einkommen gegenüber den gelernten Qualitätsarbeitern beanspruchen zu dürfen, die ebenfalls acht Jahre Volksschule und vier Jahre Lehrzeit, also zwölf Jahre Ausbildung, durchgemacht haben. Ebenfalls ist die Einstellung in Kreisen der atabemisch gebildeten Beamten falsch, die glauben, weil sie fünf bis sechs Jahre mehr für ihre Ausbildung als der gelernte Qualitätsarbeiter benötigen und dafür etwa 10 000 bis 12 000 M. Kosten aufzuwenden hätten, darin für sie ein gesicherter Lebensabend und dreißig Jahre lang das vier- bis fünffache Einkommen gegenüber dem gelernten Facharbeiter begründet wäre.

Worum es bei der Auseinandersetzung zwischen christlicher Arbeiterschaft und Beamtentum letzten Endes geht, ist die Forderung, daß die werteschaffende Handarbeit im Vergleich zu der geistigen und vielfach auch mechanischen Tätigkeit anderer Schichten besser gewertet und gewürdigt wird. Dabei liegt uns selbstverständlich eine alberne Gleichmacherei bößhaft fern.

Daß in dem Kampf der letzten Wochen die christliche Arbeiterschaft allein gestanden hat, daß insbesondere die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich in allen Sprachen ausgegwogen haben oder sogar den christlichen Arbeiterführern in den Rücken gefallen sind, ist ein sehr bezeichnender Vorgang, den man sich merken muß. Die christliche Arbeiterschaft blickt trotzdem mit großer Befriedigung auf die letzten Wochen zurück. In diesem Kampf ist der gesamten Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht worden, daß die christliche Arbeiterschaft mit schönen Reden über Republik, sozialen Volksstaat und seine

## Internationaler Wettbewerb

für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in den graphischen Industrien

Die Kollegen aus Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Schweiz, Holland und Belgien werden zu einem Wettbewerb zur Erlangung eines Wandspruches aufgerufen. Die preisgekrönten Arbeiten kommen auf der „Pressa“ 1928 in Köln zur Ausstellung.

Text: „Wir wollen, daß Staat, Wirtschaft und Gesellschaft das wahre Wohl der Menschheit fördern und pflegen, daß die Gebote des Christentums im Worte und unter den Vätern alle Seeligungen reg. In und daß jedem die Früchte der Arbeit in vollem Maße werden, daß das Friede, Freude und hübsliches Glück erblühen und allen Untertanen erblühen.“ Schrift, Format und Farbe selbstwählbar; zugelassen sind alle Ausführungen in Schriftsatz, in Zeichnung und in Einleum-, Blei- oder Holzschnitt. Zeichenarbeiten müssen ausführlich sein. In der Wahl der Formate, der Farben, des Schmucks und der Umrandung hat jeder Teilnehmer freie Hand, wenn die Zweckmäßigkeit der Arbeit als künstlerischer Wandschmuck daran er nicht leidet.

Weitere Bedingungen: Die Entwürfe sind unauferlegbar einzuliefern. Schriftsatzarbeiten sind in jedem Falle das Original beizulegen. Für jeden Entwurf ist ein Kennwort zu wählen. Ein beiliegendes verklebbares Umschlag muß das gleiche Kennwort tragen; im Umschlag müssen außerdem folgende Angaben zu finden sein: 1. das Kennwort, 2. die genaue Anschrift, 3. die Beschäftigung der Mitgliedschaft bei einer christlichen Gewerkschaft in der graphischen Industrie durch den Ortsvereinsvorstand (mit Stempel), 4. bei Zeichnungen auch das Lehrjahr.

Einreichungstermin: Die Entwürfe sind bis spätestens 1. März 1928 an die Landeszentrale der Gewerkschaften, für Deutschland an den Gutenberg-Bund, Berlin S 42, Luisenufer 1, unter der Aufschrift „Pressa“ einzusenden.

Preis: Die beteiligten Organisationsstellen für diesen Wettbewerb insgesamt 400 RM. zur Verfügung. Die Preisverteilung erfolgt in drei Gruppen: 1. Scherarbeiten, 2. Zeichnungen, 3. Schnitte. Auf jede der drei Gruppen entfallen Preise: 1. Preis 40, 2. Preis 30, 3. Preis 20, drei weitere Preise zu je 10 RM., insgesamt also 100 Preise; dazu treten noch 10 lobende Erwähnungen. Jeder Teilnehmer kann in den drei Gruppen nur einmal einen Preis erhalten.

Die Bewertung wird unter Teilnahme je eines Vertreters der angeführten Landesorganisationsstellen vorgenommen. Die Veröffentlichung des Wettbewerbes und der Ergebnisse erfolgt in allen Zeitungen und Zeitschriften der Christlichen Internationale in der graphischen Industrie.

## Der Vorstand

Internationale Vereinigung der christlichen Gewerkschaften in der graphischen Industrie

Koalition befinden sich in der Deutschen Demokratischen Partei, in der Deutschen Volkspartei und auch im Zentrum starke Kräfte, die rückwärts drängen, anfangt vorwärtszutreiben. Bei einer Reichskoalition vollends sind die Kräfte, die vorwärts treiben, in einer verschwindenden Minderheit.

Man sehe sich die heutige Lage an und prüfe selbst, ob sie im vorigen Jahre recht oder falsch gesehen worden ist. Daß es so gekommen, liegt überwiegend an der Sozialdemokratie, der auch im Dezember 1926 das Augenmaß für Politik und Agitation gefehlt hat.

Der alte Staat war ein Klassen- und Kastenstaat. Das Berufsbeamtentum ist seinerzeit gebildet worden in starker Abhängigkeit vom Fürstenabsolutismus. Heute sind die Beamten freie Staatsbürger und sollen es sein. Früher wurden wir regiert vom weltfremden ostelbischen Adel; heute sind wir auf dem besten Wege, von dem aus der alten geistigen Atmosphäre gemachlenen, leider oft noch volksfremden Beamtentum politisch beherrscht zu werden. Die christlich-nationale Arbeiterschaft lehnt eine Beamtenpolitik ebenso ab, wie sie sich gegen das Wiedererwachen des alten Klassenstaates wehrt. Sie will von keiner abgeschlossenen

## An unsere Postbezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, daß von Januar 1928 ab der Verlagsort unserer Zeitung nicht mehr Berlin, sondern Köln ist.

Die Verbandsleitung.

Symbole Schwarz-Rot-Gold nicht zu fiedenzustellen ist. Die Waffe der Unternehmern gegen die „sozialen Lasten“ ist in diesem Kampf stumpf geworden. Wenn für einige hunderttausend Beamte und deren Hinterbliebene nach der Befolgsreform jetzt an 2 Milliarden an Pensionen und Hinterbliebenenrenten verausgabt werden, und die Wirtschaft diese Dinge ruhig als unvermeidlich hinnimmt, dann kann künftig Durchschlagendes dagegen nicht mehr gesagt werden, daß für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte ein ähnlicher Betrag aus allgemeinen Mitteln aufzuwenden ist. (Der übrige Anteil aus der Sozialversicherung wird den Arbeitnehmern vom Lohn abgehalten.) Die Waffe, die wir in den Lohnkämpfen zu führen haben, ist durch die Vorgänge der letzten Wochen sehr schwach und wirksam geworden.

Der Kampf ist in seiner ersten Etappe beendet. Wenn der Reichstag nicht in kurzer Zeit der Auflösung verfällt, dann wird die zweite Etappe beginnen mit dem Beamtenpensionsbegrenzungs-gesetz. In dem Pensionswesen der beamteten Minister und sonstiger politischer Beamten haben sich unhaltbare Zustände herausgebildet. Weitere Aufgaben ergeben sich bei der nächsten Reichstagswahl. Endlich werden bei der künftigen Regierungsbildung hinsichtlich der Staatsvereinfachung Riegel mit Köpfen gemacht werden müssen. Auch in den Kommunen und sonstigen Selbstverwaltungskörpern haben die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft aufmerksam darüber zu wachen, daß allenthalben, insbesondere auch bei der Einstellung der Beamten, die größte Sparsamkeit beachtet wird. Um alles das, was die Staatswirtschaft unnötigerweise verausgabt, wird die Lebenshaltungsbefehle der übrigen Volksschichten, insbesondere auch der Arbeitnehmer, verkleinert.

## Keine Privatwirtschaft, sondern Volkswirtschaft!

Die unerhörte Drohung der Großhüttenindustrie, ihre Werke am 1. Januar 1928 stillzulegen, wenn Gesetz und Gewerkschaften ihnen nicht gefällig sind, hat blühartig die unhaltbare Lage beleuchtet, in der sich unser wirtschaftliches Getriebe heute abrollt. Wenn ein paar Leute daherkommen können und den Staat zur Kapitulaton vor seiner eigenen Gesetzgebung zwingen wollen, so ist das nicht nur ungewöhnlich, sondern im höchsten Grade unerträglich. Es zeigt sich an diesem Vorgang, daß wir statt der Volkswirtschaft keine Privatwirtschaft haben, es zeigt sich, daß der Eigentumsbegriff von heute völlig überspannt ist.

Betrachten wir uns einmal die Dinge näher: Seit dem Weltkrieg ist das deutsche Volk fieberhaft bestrebt, die Fruchtbarkeit seiner verarmten Wirtschaft zu erhöhen, um besser als vor dem Kriege leben zu können. Alle Volkstriebe glauben ein Anrecht darauf zu haben, größere wirtschaftliche Ansprüche in ihrem Lebensaufwand befriedigen zu können. Viele übersehen dabei, daß wir aus dem Weltkrieg und aus der Inflation verarmt an Sachgütern und an barem Geld hervorgegangen. Andere wieder erhofften Wunderdinge von der gesteigerten mechanischen Rationalisierung der Technik, des Betriebes und der einzelnen Arbeitsleistung in Fruchtbarmachung der Fortschritte der Naturwissenschaften und der neuen Arbeitswissenschaft für die Gesamtwirtschaft. Um so größer ist ihre Enttäuschung darüber, daß die Wirtschaft gleichwohl nicht den erhofften größeren Ertrag abwirft. Sie sehen nur, daß wir in der technischen Arbeitsteilung und

Arbeitsvereinigung gewaltige Fortschritte machten. Sie übersehen aber, daß wir gleichzeitig und mehr geistig einander entfremdet, ja verfeindet haben im organisierten Interessenkampf und Klassenkampf.

Infolgedessen haben wir gar keine einträchtige deutsche Volkswirtschaft, sondern nur einen Wirrwarr miteinander habender und sich bekämpfender einzelner und verbandsmäßiger Privatwirtschaften; wir sind kein einziges deutsches Wirtschaftsvolk, sondern eine wirre Masse von Konkurrenten und Interessengegnern. Die Lebenserfahrung lehrt aber, daß die bestingerichtete Fabrik abwärts geht, wenn die Leiter nicht ein Herz und eine Seele sind, sondern ständig miteinander im Streite liegen. Um wieviel mehr muß die deutsche Wirtschaft dadurch innerlich geschwächt und gelähmt werden, daß wir alle in größerem oder geringerem Maße auf eigene Faust, also mehr gegen einander als miteinander und füreinander wirtschaften. Wenn in gleicher Weise einzelne Glieder und Kräfte unseres Leibes aus der Reihe tanzen, werden wir krank und auf die Dauer geht darüber das Leben zugrunde. Mit dem Leben der Volkswirtschaft, die ebenfalls ein Gemeinschaftsleben in Gliedern führt, ist es nicht anders. An der inneren Uneinigkeit ist deshalb unsere Gesamtwirtschaft fesslich krank und die beste Rationalisierung kann den Schaden aus dem Wirtschaftskampf nicht wieder gutmachen. Denn am Ende ist es der Geist, die Seele der Arbeit, die den Arbeitserfolg bestimmt.

Die meisten deutschen Unternehmer sind schuld an dieser fesslichen Erkrankung der deutschen Wirtschaft. Sie denken und handeln bewußt oder unbewußt, beherrschend vom Geistigen der individualistischen Selbstherrlichkeit, gewohnheitsmäßig privatwirtschaftlich statt volkswirtschaftlich. Das heißt, sie sehen zuerst und oft allein darauf, daß sie durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit möglichst viel von den Volksgenossen, deren Bedürfnisse sie in der Arbeitsteilung befriedigen, für sich erwerben, an eigenem Gewinn einbringen. Sie wollen zuerst möglichst viel an den anderen verdienen und vereinigen sich deshalb mit jenen, die das gleiche wirtschaftliche Interesse verfolgen, zu Interessenkampforganisationen, um ihr Erwerbs- und Gewinnstreben möglichst erfolgreich durchzusetzen. Sie sagen, daß sie zum Interessenkampf gezwungen seien, da auch die übrigen Wirtschaften und Wirtschaftsklassen mit dem gleichen Nachdruck ihre eigenen Interessen gegen die Interessensbestrebungen aller anderen vertreten. Diejenigen, die nachdenklich und gewissenhaft sind, sagen zu ihrer eigenen Veruhigung, sie wollten das Gesamtwohl der Volkswirtschaft im Auge behalten, vor ungebührlichen Forderungen sich schützen. Sie weisen der staatlichen Gesetzgebung die Aufgabe zu, durch wirtschaftspolitische und sozialpolitische Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung die übrigen Volksgenossen vor einer wirtschaftlichen und sozialen Schädigung zu schützen. Dabei bleibt es aber Tatsache, daß sie Privatwirtschaft, nicht Volkswirtschaft, Gemeinwirtschaft des Volkes oder Volkswirtschaft treiben. Der Wirrwarr der heute einander bekämpfenden Privatwirtschaften mag dem einen auf Kosten der anderen zeitweilig private Vorteile bringen. Auf die Dauer aber schädigt er alle, weil er Raubhand an den Wirtschaftsgütern und Wirtschaftskräften des deutschen Volkes treibt.

Denn: Was heißt wirtschaften? Wirtschaften heißt, geordnet, im Einklang aller Kräfte mit möglichst geringem Aufwand von Gütern und Kräften eine möglichst große Gütererzeugung oder eine möglichst reichliche Gütervermittlung herbeiführen. Der Erfolg hängt dabei nicht bloß von der klugen Beherrschung der äußeren Natur ab, sondern mehr noch von der lebenserhöhenden geistigen Befreiung der Arbeit. Diese er-

wächst ihr aus der fesslichen Hingabe des Menschen die wirtschaftliche Tätigkeit, in der er die Arbeit lebendiges, freudig wollendes Glied einer geistigen Wirtschaftseinheit im Treuedienst am Leben anderer Glieder leistet, durch sie ihnen gut sein will. Das Sprichwort brüht das so aus: „Doppelt wie das, was man aus Liebe tut“, d. h. aus Güte und Liebe zu Menschen, nicht zu den erarbeiteten Gütern oder zur Leidenschaft des Stadtbetätigten. Die liebevolle Hingabe an jene, für die man arbeitet, das Letzte aus den Anlagen und Fähigkeiten heraus, Sie gibt zudem jeder Arbeit, die man gemeinsam aus einem Herzen und einer Seele verrichtet, den Einklang, die nicht bloß alle lähmenden Reibungen, Zusammenstöße und Abneigungen ansträumt, sondern auch jeden Mitarbeitenden innerlich im Leben erheitert und erhebt, darum erhebt, trägt, vorwärtsstreibt, man in eine Lebensgemeinschaft und Schicksalsbundenheit durch fessliche Hingabe eingegangen.

Es ist ein großer Unterschied in dem Grade der Arbeitskraft, den man einsetzt, ob die in der Arbeitsteilung gemeinsam Wirtschaftenden einander als Brüder oder als Brüder und Freunde gegenübersehen. Dem sichereren Gefühl für diese Lebenswahrheit gab der vorparlamentarischen Zeit jedes Hand-in-Handarbeiten als Gliedmitglied in einer volkstümlichen Treuegemeinschaft, sowohl im Arbeitsverhältnis zwischen Meister und Gesellen, wie im Handel und zwischen den Berufsständen und zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Denn jeder glaubte, aus dem Volksgenossenschaftsgeist nach dem Willen des Schöpfers Amt in der Volksgemeinschaft auszuüben. Er sah seine wirtschaftliche Tätigkeit als Beruf an, d. h. als Treuepflicht am Lebensglück seiner Volksgenossen. Nach dem Grundsatz: Treue um Treue! war ihm vor dem Bewußtsein aller Volksgenossen der standesgemäße Lohn, dazu die Ehre seines Standes gesichert. Damals dieser aber jener gegen die Willkür der Treuegemeinschaft sündigte, so tat er es mit schlechtem Gewissen, und die öffentliche Meinung verurteilte die Verfehlungen, merzte sie bald wieder aus. Damals hatte man damals eine wahre Stadt- und Dorfgemeinschaft, eine Volkswirtschaft. Niemand dachte daran, den Interessenkampf oder gar den Klassenkampf als den normalen Zustand der gesunden Wirtschaft eines Volkes hinzustellen, wie das seit der Herrschaft des selbstherrlichen, nur privatwirtschaftlich denkenden Geistes des Kapitalismus geschieht. Seitdem wie manumünsterlicher Wirtschaftsgemeinschaft den rücksichtslosen Wettbewerb in einander bekämpfenden Interessengruppen führen, verloren wir das Vertrauen und den Sinn für jene fesslichen Inzonenverbände oder unabhängigen, zahlenmäßig unerschöpflichen Lebensbedingungen der Fruchtbarkeit aller menschlichen wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft in der Zeit und organisationsweise als einander Entfernende mehr gegen einander als für einander, treiben wir die Privatwirtschaft statt Volkswirtschaft oder Volkswirtschaft. Die bösen Folgen dieses Lebens nicht wir werden unserer Wirtschaft nicht froh.

Wir müssen deshalb in neuer Form den Geist der Treuegemeinschaft des Wirtschaftsvolkes wieder aufbauen, wie sie die vorparlamentarische Zeit in den Wirtschaftsverhältnissen betriebend aufgebaut. Dieser Geist ist der Berufsgeist, aus dem die Wirtschaften ihre Arbeit zuerst als einen Treuedienst den Volksgenossen ansehen. Dann leistet alle Privatwirtschaft Mitheldienst in der Volkswirtschaft als Volkswirtschaft. Denn der Berufsgeist, gestützt den Berufsständen, ist die stärkste gemeinschaftsbildende Kraft unter Nachbarn und Verwandten; er allein bewirkt die Entfernungen unter den einzelnen Wirtschaften und ihren Wirtschaftsverbänden.

## Die Spritztechnik

Eigentlich sollte jeder Lithograph mit diesem Hilfsmittel der Lithographie vertraut sein. Leider aber ist die Spritztechnik noch immer verhältnismäßig wenig bekannt, trotzdem sie überall, wo es sich um gleichmäßige Flächen handelt, sehr gut angebracht ist; ja, sogar verlaufende Töne lassen sich bei einiger Übung leicht, und was die Hauptfache ist, schnell und gut herstellen. Nicht nur für große Plakate, sondern auch für kleinere Arbeiten, wenn es nur irgend die Fläche erlaubt, läßt sich das Spritzen gut anwenden.

Nachstehend soll denjenigen, die bisher noch nicht Gelegenheit hatten, diese Technik kennen zu lernen oder zu gebrauchen, einige Winke und Andeutungen gegeben werden, wie sie das Spritzen möglichst vorteilhaft anwenden können.

Zum Spritzen auf Stein gehört vor allem ein Drahtsieb oder Sieb, das möglichst handlich gefast ist; man kann diese fertig in den Fachgeschäften bekommen. Als zweites gebraucht man zum Spritzen einen Pinsel mit harten Borsten, der ziemlich kurz abgebunden wird, so daß die Schweinsborsten nur etwa 1 cm lang hervorragen. An Stelle dieses Pinsels kann man auch eine Zahnbürste gebrauchen, jedoch muß diese recht harte und feste Borsten besitzen. Die billigsten Zahnbürsten sind gewöhnlich hierfür am geeignetsten.

Nachdem die Platte soweit fertig lithographiert ist, daß man zum Spritzen schreiben kann, deckt man

alle diejenigen Stellen, wohin ein gespritzter Ton nicht kommen soll, mit Gummiarabikum, der leicht angefeuchtet ist, vorsichtig ab, worauf zu achten ist, daß etwaige schon begrenzte grablinige Partien mit Fiehfeder und Lineal gezogen werden, da, wenn an solchen Stellen ein dunkler Ton kommt, das Unschöne schlecht aussehen würde. Sind an einer Platte größere Flächen, die ebenfalls abgedeckt werden müssen, so hilft man sich auch damit aus, daß man an solchen Stellen nur die Konturen mit Gummi abdeckt, die übrige innere Fläche aber mit Papier, das auf Umfang und Form zurecht geschnitten worden ist, zudeckt. Jedoch treibe man es mit dem Abdecken mit Papier nicht zu weit, indem man auch kleinere Partien damit zudecken will. Es geht damit nur sehr viel Zeit verloren, da die kleineren Sachen auch genauer abgedeckt werden müssen. Wenn dagegen am äußeren Rande des Bildes größere Flächen vorhanden sind, so legt man diese ebenfalls mit Papier zu. Dieses ist insofern auch von besonderem Vorteil für das spätere Beurteilen der Tiefe des gespritzten Tones, weil, wenn alles mit Gummi abgedeckt ist, man nirgends eine reine Steinfläche hat. Nach dem Abdecken geschieht, so überzeugen man sich noch einmal, ob auch alles in Ordnung ist, ob von dem aufgelegten Papier etwa noch einzelne Stellen über und in die zu bedrückende Fläche ragen, oder umgekehrt einzelne Partien noch nicht abgedeckt sind, ob die kleinen Papierflächen auch alle mit Gummi befestigt sind, damit sie sich nicht beim nachherigen Spritzen und Trocknen verschieben oder gar fortfliegen. Neben dem Stein legt man sich einen kleinen Bogen reinen

weißen Papiers, um auf diesem das Ausstrichen probieren, der Bogen darf aber nicht in allzu großer Nähe der zu bespritzenden Fläche stehen, da er leicht beim Ausstrichen etwas in die Beknung fallen kommen kann.

In einer flachen Untertasse rieht man die gebrauchte Tusch, und zwar nicht so wenig, wie man gebraucht davon im Verhältnis zur Fläche viel. Die Tusch sei nicht zu dick; ist sie es, verfeinert sie leicht die Rückseite des Drahtsiebs, die dann später beim weiteren Spritzen auf den Stein fallen und hier größere Flecken erzeugen. Führt man die Tusch auch nicht zu dünn sein, da sie dann an der Rückseite des Siebes in größeren Tropfen sammelt und plötzlich, wenn man es vorher bemerkt hat, auf den Stein fällt; die Tusch eben gut flüssig sein. Sind diese Vorbereitungen getroffen, taucht man den Pinsel in die Tusch, aber darauf, daß er nicht von vorherem zu stark angefüllt ist. Nunmehr streicht man mit dem Pinsel erst ein Mal über das Spritzsieb in die Luft, damit die Tusch sich im Pinsel gleichmäßig verteilt und das Sieb gleichmäßig angefeuchtet wird. Dann fällt man den Pinsel wieder, streicht zwei bis drei Mal in der Luft aus, dann ein- oder zweimal neben dem Stein liegenden Bogen Papier, und zeigt sich mit einem schnellen Blick über die Schaufelheit des gespritzten Tones, ob dieser gleichmäßig sein ist. Ist er so, wie man ihn zu wünschen, so spritzt man auf den Stein weiter, man das Sieb etwa zwei Handbreit vom Stein

# Freie Brötchen für die Arbeiter

„Unter dem Schlagwort: ‚Her mit dem kulturellen Existenzminimum!‘ läßt sich jeder Lohnkampf rechtfertigen; denn Kultur ist immer ein relativer Begriff, nur aus der Relativität zu verstehen ist.“

So schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom November 1927 in einem Artikel: „Arbeiter-Existenzminimum? Handbemerkungen zum Geschäftsbericht eines Konsum-Vereins.“ Auf diese Ausführungen folgen an Hand des Geschäftsberichts der Eisener-Konsum-Genossenschaft die Beweise für die gute Lebenshaltung und die hohen Ansprüche der Mitglieder des Konsum-Vereins, die, wie ausdrücklich bemerkt wird, in ihrer überwiegenden Mehrheit Handarbeiter und kleine Handwerker sind. Als Beweis dienen an dieser Stelle die frischen Brötchen. In der Abteilung Mehl und Konditorei heiße es: „Magen seien nur wieder laut geworden, daß der Konsum-Verein die Waren nicht backwarden den Konsumenten hätte liefern können.“ ... so daß wir im neuen Geschäftsjahr Mittel und Wege finden müssen, auch den schwächsten Ansprüchen unserer Mitglieder gerecht zu werden.“ Zweitens: Der Umsatz in Bohnenkaffee um 11,79 Prozent, der Umsatz in Matzaffee dagegen nur um 8,08 Prozent, also um 3,71 Prozent weniger, gestiegen. Drittens: Auch der Wein- und Spirituosenumsatz vertrat in keiner Weise, daß die deutsche Arbeiterschaft einer erbarmungslosen Verdrängung preisgegeben sei. Das Spirituosengeheimnis allerding gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang auf, aber dies sei bei weitem nicht auf einen geringeren Alkoholkonsum zurückzuführen, sondern auf einen erhöhten Konsum von Südwinein. Viertens: Es wird mehr Schweinefleisch als Rindfleisch umgesetzt worden, und der Umsatz von Gefrierfleisch ist gestiegen. Der Genuß von Gefrierfleisch bedeute aber in keiner Weise eine durch zu geringen Lohn bedingte Verdrängung der Lebenshaltung.

Was will der Artikelschreiber Dr. Sn. mit diesen Aussagen zu dem Geschäftsbericht der Eisener Konsum-Genossenschaft? Sollen die Konsum-Genossenschaftsleiter, die zu den leistungsfähigsten der Branche gehören, den Gedanken des Kundendienstes weniger Wert pflegen als die Privatwirtschaft? Wenn eine Unerschlichkeit, die jeder kleine Händler bieten kann, in den „verwöhnten Ansprüchen der Mitglieder“ gewahrt wird, so ist das gewiß keine Unbequemlichkeit. In Profitunternehmen darf wohl, ohne einen Angriff der Bergwerkszeitung befürchten zu müssen, jeden Verschwendungsaufwand treiben und wahre Verkaufspaläste des Wohl bauen. Wo die Arbeitnehmerschaft aber nicht zum Unternehmer wird, da gehört schon, wie es scheint, der Wunsch nach frischen Brötchen zu der „erforderlichen“ Forderung des kulturellen Existenzminimums. Südwinein vom Fass ist heute kaum noch teurer als Bier. Verlangt Dr. Sn. ohne weiteres eine Erhöhung des Südwineinums zum Nutzen der deutschen Weinbrandweinrenner, oder glaubt er erst dann an höhere Löhne, wenn kein Geld mehr für Alkohol ausgegeben wird? Die Genossenschaft hat 53 721 Mitglieder, jede Familie zu vier Köpfen gerechnet, umfaßt sie also 214 884 Verbraucher. Der Gesamtjahresumsatz an Wein betrug 169 278 RM., das sind 1,26 RM. pro Kopf. Laut „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927“ betrug der Verbrauch von weinsteuerverpflichteten Erzeugnissen im Jahre 1925 8,20 RM. auf den Kopf der Bevölkerung Deutschlands. Der Weinverbrauch in der Konsum-Genossenschaft stellt also ungefähr den siebenten Teil des Durchschnittsverbrauchs in Deutschland dar. Wir leben in diesem lärglichen Erlebnis zwar kein Zeiden einer „erbarmungslosen Ver-

drängung“, es führt aber zu der Erkenntnis, daß die Mitglieder der Konsum-Genossenschaft selbst an hohen Familienfesttagen kaum ein Glas Wein zu Hause hatten. Will Dr. Sn. mit dem Hinweis auf die Qualität des Gefrierfleisches unter den Lefern der „Deutschen Bergwerkszeitung“ etwa Klammern machen für den Genuß von Gefrierfleisch?

Hinter seinen Boshaften und törichten Glossen steckt System: „Das Gewissen der Leser soll eingeschläfert werden.“ „Die Zahlen beweisen“, wie er sagt, „daß der moderne Arbeiter nicht mehr — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — um das sogenannte physische Existenzminimum zu kämpfen hat, sondern daß der Kampf sich höchstens um das sogenannte kulturelle Existenzminimum handeln kann. Dies ist natürlich ein Kampf, der ins Unerlöse gehen kann.“ Der so vorbereitete Leser wird dann wohl mit ruhigem Herzen den Streit von 70 000 Bergarbeitern in Mitteldeutschland, die Aussperrung von 40 000 Textilarbeitern, die Aussperrung von 120 000 Zigarrenarbeitern zur Kenntnis nehmen, oder er wird sich sogar entrüpfelt gegen die Begehlichkeit der Masse werden. Wie ist aber in Wirklichkeit das Einkommen dieser Kreise? Die amtlich ermittelten, wirklich gezahlten Löhne sämtlicher Arbeiter im preussischen Bergbau betragen im zweiten Vierteljahr 1927 6,71 RM. Tageslohn für das Ruhrrevier, 4,97 RM. für Oberschlesien. Diese Löhne liegen mit 1,33 RM. = 16,54 Prozent und mit 0,57 RM. = 10,29 Prozent unter dem Reallohn der Vorkriegszeit. Der Jahresdurchschnittslohn der Zigarrenarbeiter betrug pro Vollarbeiter im Jahre 1926 ganze 937 RM. oder pro Woche rund 19 RM., oder pro Arbeitstag etwas über 3 RM. Diese Löhne geben ein anderes Bild von der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft, da verschwinden die schönen Bilder von saftigen Schweinebraten, süßen Südwinein, frischen Brötchen und der Tasse Mokka.

Von den Arbeitgebern sind keine freiwilligen Zugeständnisse zu erwarten. „Empor aus eigener Kraft!“ muß die Lösung der Arbeiterschaft sein. Die Arbeiterschaft darf aber nicht bei der Sozialpolitik stehen bleiben, sie muß zu Mitbestimmung und Mitbestimmung in der Wirtschaft kommen. Neben die gewerkschaftliche Solidarität muß vor allem die genossenschaftliche Selbsthilfe treten. Die organisierte Kauf- und Sparkraft in den Konsum-Genossenschaften ist die zweite Großmacht, die den Lohn- und Gehaltsempfängern neben der organisierten Arbeitskraft in den Gewerkschaften zur Hebung ihrer materiellen Lage zur Verfügung steht.

## Soziales Denken und Handeln

Soziales Denken und Handeln ist nicht Sache des Wissens und Könnens, nicht das Ergebnis einer sozialwissenschaftlichen Lehrmeinung, sondern Sache des Willens, das um der eigenen Ehre willen das Glibbein im Volke bejaht, das Glibbein sich gebietet. Es belobt das Glibbein als gut, verurteilt das Unterliegen der Glibbeinsetzung und Glibbetätigkeit, noch mehr das Zuwiderhandeln als böse und schlecht, klagt es an als Untreue und Borenthaltung der gebotenen Güte und Liebe.

Soziales Denken und Handeln heißt mehr als bloßes augenbittiges Sichabfinden mit äußeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen anderer Volksgenossen, wobei man nur gestunnen und widerwillig Augenknäufchen macht, infolge dessen den anderen Volksgenossen oft noch fremder als bisher

gegenübersteht. Es ist vielmehr in jedweden ein freudiges Bejahen seines volksfamilienthaften Bewusstseins mit allen Volksgenossen, mit denen Gottes Güte ihn zu einer wahren Volksgemeinschaft verbunden hat.

Sozial geminnt sein heißt eben den anderen Volksgenossen von Herzen gut sein, weil man als geborenes Mitglied der Volksgemeinschaft sich in ihnen als Mitglieder selbst wiederfindet. Güte und Liebe kann man nur frei und ungezwungen verschenken. Wer den sozialen Pflichten nur als von Gott auferlegten Geboten sich fügt, nimmt ihrer Erfüllung die feillich wohlthuende Wirkung auf andere und die gemeinschaftsbildende Kraft; man bleibt dabei den anderen innerlich fremd. Sozial geminnt sein ist also Sache der Hochherzigkeit und des Eifers der Menschewürde und der Würde der Kinder Gottes. Weil die soziale Gebeugung und der Druck der Wirtschaftsverhältnisse in so vielen Fällen murrend hingenommen wurden, haben beide so wenig soziale Begegnung erweckt und gepflegt, überausen sie nicht den Geist des Klassenkampfes und des Interessenkampfes. Darum sind auch manche sozialen Vereine, die nur auf die Anwendung jener Machtmittel bedacht waren, unfruchtbar geblieben, bei den Mitgliedern wie bei Draußenstehenden.

Soziales Denken und Handeln ist letztlich Drang der selbstlosen Treue, Güte und Liebe. Tiefen Sinnes nennt diese Shakespeare im „Kaufmann von Venedig“ durch den Mund Porzias vom Himmel stammende Gnade, die den Geber nicht minder beglückt wie den Empfänger. Zur Treue und Liebe kann nur Gott, der Schöpfer und Ursprung des Menschenseins, die Menschen verpflichten aus dem Grunde der Gottebenbildlichkeit. Nur das eigene Gewissen kann aus Ehre und Freiheit den Menschen zu dieser freien Gabe an seine Mitmenschen nötigen. Mit verständnisvollen Gründen kann man niemanden Treue und Liebe aufzwingen. Denn Treue und Liebe kann man keinem Fremden schenken, sondern nur demjenigen, in dem man sich selbst wiederfindet als Mitglied im Glibbe der von Gott stammenden Volksgemeinschaft. Dann aber einigen sie Menschen, wie in der Ehe und Familie, so in der Volksgemeinschaft, der Volksgemeinschaft durch den Verursacher, aus dem jeder, einen Ruf des Schöpfers folgend, an seinem Platte in der Arbeitsteilung Treue und Liebe am Lebensflusse derer leistet, die seiner Arbeit oder seiner Dienstleistungen bedürfen. Erst solche Verursacher hat auch ihre Ehre vor Gott und den Menschen, beglückt den Betreuenden und Betreten. Diese Treue und Güte ist etwas ganz anderes als die kalte ausgleichende Gerechtigkeit, die nur jedem das Seine zukommen läßt. Mit dieser allein läßt sich keine beglückende Ehe und Familie aufbauen, auch keine beglückende Volksgemeinschaft. Denn das einzige, wodurch die in der Arbeitsteilung voneinander abhängigen und aufeinander angewiesenen Menschen einander wahrhaft beglücken können, ist die in allem Tun und Lassen betätigte Gemeinschaftsbegegnung, aus der sie einander gut sind. Daß wir das in der veränderten Volksgemeinschaft noch nicht verstehen, darum einander so furchtbar entfremdet und bis zum zerstörungswilligen Volkseigennutts gegeneinander erbittert sind, beweist, wie sehr uns die einfachen Lebensgemeinschaftsgebe unbekannt geworden sind. Wir beherrschen meisterhaft die Technik und meistern nicht einmal die Aufgabe, ein glückliches Volksgemeinschaftsleben zu führen. Das ist beschämend, denn es beweist, wie unnatürlich, das heißt den Lebensgesetzen fremd und gewissenlos unser Denken und Wollen geworden ist.

ernt hält und langsam über die zu bespritzende Fläche des Steines fährt. Bei größeren Flächen wird man selbstredend mit der noch in dem Pinsel vorhandenen Tusche, um eine Fläche einmal zu bespritzen, nicht ausreichen, man füllt von neuem den Pinsel, reicht erst gehörig aus, um dann, wenn der richtige Ton auf dem Papier vorhanden, an derjenigen Stelle, wo man aufgehört hat, wieder weiter zu spritzen, bis die nicht abgedeckten Stellen des Steines überall mit einem gleichmäßigen Ton versehen sind. Es ist Grundbedingung, daß man nach jedesmaligem Füllen des Pinsels diesen erst gehörig ausspritzt; würde man nicht tun, so würden gleich von vornherein härtere Punkte auf dem Stein erscheinen, und man hätte bei einer nachherigen Durcharbeitung mit der Nadel nur vermehrte Arbeit. Um zu sehen, ob der Ton schon die gehörige Stärke hat, hebt man an einer Stelle die Erde oder ein Stück Papier auf, um hier die reine Steinfläche mit dem gespritzten Ton zu vergleichen. Sollten einzelne Partien schon genügend haben, so sieht man diese bei feineren Arbeiten noch einmal mit der Nadel durch, um etwa noch zu groß entflandene Punkte mit derselben durchspritzen und hierdurch eine größere einheitliche Wirkung des Tones zu erzielen. Ebenso werden auch hellere Partien mit der Feder etwa nachpunktiert. Da der Ton häufig stetig erdeicht; wenn gefehlen, deckt man die fertigen Partien kleineren Umfanges mit einem ab, größere Flächen bedeckt man ebenfalls wieder mit Papier, um mit dem Spritzen dann so fortzufahren. Nachdem der Ton sich schon etwas verdichtet hat, wird man bemerken, daß der Stein feucht

wird, daß er schwitzt, wie man sagt. Sobald diese dunklere gelbe Farbe eintritt, muß man vorsichtig sein mit dem weiteren Spritzen, damit man ein und dieselbe Stelle nicht zu schnell aufeinander folgend bespritzt; es würde dies zur Folge haben, daß die noch feuchte Tusche mit der folgenden frischen sich verbindet und dann ein Aus- und Zusammenfließen der einzelnen Punkte stattfindet und so größere Punkte entstehen, welche dann bei feineren Arbeiten mit der Nadel wieder durchgerissen werden müssen. Um dieses zu vermeiden, trocknet man die Steinfläche nach jedesmaligem Spritzen sofort mit der Windfahne, um erst hiernach weiter zu spritzen. Auch bei dem Durchsehen mit der Nadel und dem späteren Abdecken mit dem Gummi mache man immer erst trocken, da auch hierbei die Tusche leicht verschmieren würde. Man lasse sich auch in der Berechnung der Tiefe des gespritzten Tones nicht täuschen, wenn man schon dunklere Partien gespritzt hat. Auf dem Stein erscheint das Gespritzte immer dunkler als auf dem ihn umgebenden Papier, was daher kommt, daß der Stein schon durch seine gelbe Farbe dunkler erscheint als das Papier, und zweitens durch die Feuchtigkeit beim Spritzen noch mehr gedunkelt wird.

Handelt es sich um glatte, gleichmäßig verlaufende Flächen, so sind diese immerhin noch leicht herzustellen, anders aber bei Flächen, in denen sich wieder kleinere hellere und dunklere Partien befinden. Hier heißt es vorsichtig sein beim Spritzen, wie auch mit dem kufenweisen Abdecken, um nicht hartabgeschmitzene Kanten und Konturen zu bekommen. Doch ist es unvermeidlich, daß hier und da doch harte Stellen

entstehen; diese entfernt man dann mit der Nadel, sobald der Stein geätzt und eingewalzt ist. Kommen größere Flächen in Frage, die ziemlich tief gespritzt werden sollen, so ist hier ein Zurückhalten der innerhalb der zu spritzenden Fläche liegenden kleineren Partien nach der Kontur nicht möglich, da diese schon nach einigen Malen durch die Dichtigkeit des Gespritzten nicht mehr zu erkennen ist. Solche Partien, die vereinzelt aus einer größeren Fläche herausragen, zeichnet man daher auf einem Kreisstein mit Kreide um so viel vor, daß, wenn nachher der gespritzte Ton darüber kommt, die richtige Tiefe vorhanden ist; erst kann man nun auch noch (da die Partie durch das Unterzeichnen mehr herausfällt) die Partie separat stärker spritzen oder mit der Feder noch verstärken. Auf glatten Federsteinen werden solche Partien in möglichst offener Manier unterpunktiert.

Die Anwendung der Zahnbürste bei der Spritztechnik ist genau dieselbe, wie hier mit dem Pinsel beschrieben. Man achtet auch hier darauf, daß die Bürste nie zu voll mit Tusche angefüllt ist, da sie sich weit mehr zum Grobspritzen eignet als der Vorstempinsel.

Für kleinere Arbeiten kann man sich auch der Klinge eines Taschenmessers bedienen. Die Messerklinge ist geeignet, solche kleinere Arbeiten ganz individuell zu behandeln. Es ist daher ratsam, beim Spritzen von Fall zu Fall auch dieses Instrument neben dem Spritzblech zu verwenden. Bei einiger Übung geht es schnell vor sich; es lassen sich sehr gute Effekte erzielen. Licho.



Und dann vor allen Dingen mehr positive Mitarbeit in den einzelnen Ortsgruppen! Leider besteht die Tatsache, daß gerade wir Buchbinder uns am wenigsten um das Wohl des Ortsvereins kümmern. „Legen!“, „Daß sich ein großes Werk vollende, dazu über viel Geist und tausend Hände.“ (Kaufst.) Das will heißen, daß nur eine art starke Organisation, deren Mitglieder alle eines Willens sein müssen, zum Erfolg gelangen kann. Darum dürfen wir nicht dulden, daß wir mit Unorganisierten zusammenarbeiten, die das, was wir errungen haben, über den Haufen werfen. Wenn Kämpfe kommen, dann wollen wir ein einziges Volk von Brüdern, in keiner Not trennen und Gefahr!“ (Schiller.) Nicht bei Gefahr die Organisation den Rücken kehren, sondern gerade um soll unser Verband uns Stütze sein, damit wir die Kämpfe siegreich überwinden. Wohlan denn, wachen, heraus aus dem bisherigen Schläfrigkeit! Nur wenn wir geachtet werden und uns gute Leistungen erringen, wenn wir Einigkeit, Gelassenheit und stark ausgeprägtes Standesbewußtsein die Säule sein lassen, worauf gestützt wir wie ein Mann eine im Auge haben: Unserem Beruf und uns die Achtung zu erwerben, die uns vielleicht mehr als den anderen graphischen Berufen zukommt! H. V. D.

## Lebenslust oder Lebenskultur

Viele Menschen leben gedankenlos dahin. Sie haben weder Verständnis noch Interesse für ihr eigenes Lebensschicksal. Und sie können sich auch nicht dazu entschließen, ihrem Leben einen Inhalt zu geben. Die Bedürfnisse sind die Anziehung an den Mode- oder an anderen schwärmerischen Kult. Diese Menschen sind gedankenfaul, schwermütig, unfrei.

Die Arbeiterchaft, die die Spuren der vollen Depression der letzten Jahre noch längst nicht überwunden hat, empfindet es merkwürdig, daß der Selbsthaltungstrieb und ihr Aufstieg zur Standeshaltung gegenwärtig und in absehbarer Zeit den schweren Belastungsproben ausgesetzt ist. In zäher Selbstüberwindung wird sie kämpfen und Opfer bringen müssen, wenn sie ihr natürliches Lebensrecht in der modernen Welt erringen und behaupten will. Es ist klar, daß die Arbeiterbewegung, die sich ihres Lebens- und Schicksalsbewußt ist, keine schwärmerischen und träumerischen, oder gar geistesarme Firmmenten ihrer Gesellschaft haben soll, sondern Menschen mit Willen, Kraft und Treue, Menschen, die allen Widerlichkeiten trotzend die Stirn bieten.

Die Arbeiterchaft darf von sich sagen, daß sie über die meisten Lebensverfahrungen verfügt. Sie kennt gewiß die Freude, aber viel mehr die Not, die so oft in ihren Familien zu Gast ist; sie weiß aus der Erfahrung heraus auch, daß die Worte: „unser täglich Brot gib uns heute“ einen tieferen Sinn haben als gedankenlos heruntergeplappert zu werden.

Die Lebensschule der Arbeiterchaft ist hart und schwer. Das können oder wollen manche wohlhabende Menschen nicht verstehen. Was weiß denn jener vom Leben und seinen Leiden, der schon als kleines Kind

gleich auch die Grundideen, auf denen die deutschen Parteien aufgebaut wurden und führen damit zum besseren Verständnis mancher heute noch vorhandenen Meinungs- und Richtungskämpfe in unserem politischen Leben.

Nach Ketteler auch zu allen politischen Fragen und Ereignissen Stellung, wodurch er sich den Namen „Freitharen Bischof“ erwarb, so war er doch eigentlich kein Politiker, insbesondere kein Politiker im Sinne des Parlamentarismus. Seine politische Tätigkeit entspringt nur aus seinen Sorgen, seinem Herzen und seinem Verantwortungsgefühl als Seelsorger.

Aus dieser seelsorgerischen Einstellung heraus entspringen auch seine sozialen Ideen. Im Mittelpunkt seiner sozialen Predigten, Schriften und Pläne steht immer und immer nur der seelische Mensch. Immer steht ihm die Seele des Arbeiters und der Arbeiterchaft näher, als das rein wirtschaftliche. Er sieht die Entwicklung einer manchesterlich-liberalen Wirtschaftsform, sieht das Anwachsen der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitalismus und sieht, wie die Arbeiterchaft immer mehr und mehr wirtschaftliche Dringlichkeit verliert. Nur das Christentum ist in der Lage, hier einen schützenden Damm aufzurichten und eine Reorganisation der Gesellschaft zu erzwingen. Irdische Kräfte sind nicht imstande, der Entwicklung der Dinge Einhalt zu tun. Darum ruft er dem Christentum und der christlichen Kirche eine besondere Aufgabe: „Für die Gnaden des Christentums, solange sie nur auf dem Wege der menschlichen Pastoration geboten werden, ist eine große Arbeiterbevölkerung im großen und ganzen unempfanglich und unzulänglich. Es müssen zuerst Einrichtungen zur Humanisierung dieser verwilderten Massen geschaffen werden, bevor man an deren Humanisierung denken kann.“

Diese Mahnworte Kettelers sind nicht ungehört geblieben. Beide christlichen Kirchen haben unendlich viel für die Lösung der sozialen Frage getan. Wöge die Werken Brauers mit dazu beitragen, daß die Ideen Kettelers Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden. Otto Gerig, R. d. R.

in die Nordseebäder ging, als Jüngling fremde Länder besuchte, in den ersten und feinsten Häusern wohnte, alle die Genüsse schon in jungen Jahren durchkostet, die dem Menschen nach der Naturordnung erst viel später und in mäßiger Weise zuteil werden. Es kommt vor, daß solche Menschen mit 25 Jahren am Leben keinen Reiz mehr finden und behaupten, daß das Leben keinen Schuß Pulver wert sei.

Anderer der Arbeiter: Seine wirtschaftliche Stellung gebietet ihm schon ein auf sich geordnetes Leben. Jede Verbesserung seines Lebensstandes ist eine Freude für ihn. Er weiß oftmals gut die Werte der Lebensordnung zu schätzen und fördert sie. Soll es nun so sein, daß der Lebensbewußte und -bejahende Arbeiterstand sich der Notwendigkeit inhaltsloser Lebensmenschen oftmals unterordnen soll? — Nein!

Die vielfachen verschiedenartigen und zeretzenden Strömungen in unseren Volksteben, die Korbett, Platzheit und Zuchtlosigkeit gemeinschafts- und ideenloser Menschen, das rücksichtslos egoistisch ausdehnende Wirtschaftssystem und das Proletariat der modernen Zeitepoche stehen in ihrer erschütternden Tragik täglich vor unserem Auge. Klassenkampf und Klassenhaß haben die soziale Frage nicht gelöst. Warum nicht? Weil die soziale Idee eines Volkes voraussetzt, daß es keinen Klassen- und Kastengeist geben darf. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat die besten Bundesgenossen in ihrem Bestreben zum sozialen Volkstum, weil sie die Idee der Gemeinschaft des Christentums und des Volkes erkannt hat und pflegt.

Gibt es noch eine Moral, die eindringlicher und nachhaltiger zu wirken vermag als die christliche? „Du sollst deinen Nächsten wie dich selbst lieben!“ Es ist das größte und erhabenste Sittengesetz, das je in die Menschenherzen gedrungen ist. Dieses Gesetz hat zu allen Zeiten das soziale Schicksal der Völker bestimmt und in Zukunft wird es auch nicht anders sein.

Wir stehen jetzt im Zeitalter des sozialen Gedankens und können feststellen, daß der soziale Gedanke schon in weite Volksschichten und Kreise hineingedrungen ist; gewiß ein Zeichen der ungeheuren Kulturarbeit, die unsere Gewerkschaften in dieser Hinsicht schon geleistet haben. — So ist die Geschichte der christlichen Gewerkschaften ein aus Idealen, Opfermut und Ueberzeugungstreue gebildetes Denkmal, das in den letzten Jahrzehnten Wegweiser im Lebenskampfe der christlichen Arbeiterchaft gewesen ist.

Leben ist keine Spielerei und kein Zeltvertreib, Leben ist nicht Selbstzweck und Sonderbündelerei, Leben ist heilige Gestaltung und Bereicherung der Kultur des Volkes, des Christentums und der Nation. Zur Vollendung dieses Hochzieles ist auch der Arbeiter berufen. Mögen auch Ziviliation und Technik ihren Stegestauf durch die Welt fortsetzen, mag Wissenschaft und Forschung rastlos danach streben, den Schleier des Geheimnisses der Welt zu lüften, diese Dinge werden das Menschentum nur negativ verdrängen, die Grundlage der sozialen Ordnung ist und bleibt das christliche Sittengesetz. Wer da glaubt, die Befriedigung des persönlichen Egoismus sei auch eine Lebensaufgabe, der ist ein grausamer Materialist, und wer im Leben überhaupt keine Aufgabe sieht, dem kann das Leben auch keine Zufriedenheit und kein Glück bieten.

Was den Arbeiter mit der Gewerkschaft verbindet, das ist die Idee des alles umfassenden Gemeinheitsgedankens, es ist das aufrichtige Bestreben zum sozialen Wohlstand seines Standes, es ist die Liebe, die in der Gewerkschaft ihre äußere Form und innere Gestaltung gefunden hat.

Weimar.

Theodor Linsen.

## Volkswirtschaft / Sozialpolitik

Die Wartezeit für Arbeitslose. Vom Präsidium der Reichsanstalt ist eine Verordnung über die Wartezeit für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erlassen worden. Danach bleiben bis zum 31. März 1928 die Wartezeiten maßgebend, die bei Inkrafttreten dieser neuen Verordnung gelten. Wenn ein Arbeitsloser in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung insgesamt mindestens 6 Monate hindurch in einem Betriebe tätig war, der in unmittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen alsjährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt wird, so beträgt die Wartezeit für ihn 2 Wochen; hat die Beschäftigung insgesamt mindestens 6 Monate gedauert, so beträgt die Wartezeit 3 Wochen. Für Arbeitslose, die in der Zeit der Beschäftigungs-rückgänge oder -stillstandes anderweit Ertragsarbeit zu übernehmen pflegen, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes die Wartezeit bis auf eine Woche verkürzen. Pingegen kann für Arbeitslose aus Betrieben, die in nur mittelbarer Folge von Witterungsverhältnissen verkräft oder eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt werden, die Wartezeit bis auf 3 Wochen verlängert werden. Jedoch darf diese Regelung nicht allgemein, sondern nur für einzelne Teile der Landesarbeitsamtsbezirke bzw. für einzelne Berufsgruppen erfolgen. Für Angehörige der Schiffsbesatzung eines deutschen Seefahrzeuges, die nach einer seemannischen Beschäftigung von mehr als 6 Wochen arbeitslos werden, beträgt die Wartezeit eine Woche. Diese Verordnung tritt mit dem 12. Dezember 1927 in Kraft. Der Vorstand der Reichs-

anstalt wird zu der Verordnung noch eine besondere Ausführungsanweisung ergehen lassen.

Diese Gewährsmänner! Gelegentlich der letzten Tagung der Gewerkschaft deutscher Metallhütten und Bergleute hatte das Geschäftsjahre Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Kahl, behauptet, daß von den Versicherten beiträgen bei den Krankentagen noch nicht 60 v. H. an die Versicherten zurückfließen, während der Rest durch Verwaltungskosten und sachliche Ausgaben aufgezehrt würde. Die Arbeitgeberpresse hat davon als einer feststehenden Tatsache ausgehender Gebrauch gemacht. Von den Krankentagen und vom Reichsarbeitsminister zur Nachprüfung seiner völlig verkehrten Berechnung aufgefordert, sieht sich Geheimrat Kahl zu folgender Klärung gezwungen:

„Zu diesem Zweck bin ich veranlaßt worden durch eine meines Standes als einmündig anzuhaltende Mitteilung, die mir von sachverständigen Angaben war. Nimmere habe ich die Stelle, von der ich die Angaben erhalten hatte, zu einer begründeten Stellungnahme aufgefordert. Zu meinem Entzinnen hat mir nun der Gewährsmann mitgeteilt, daß die Angaben unzutreffend gemittelt sind. Ich bebaure, daß ich hier einer auch durch die Presse angelegentlich hervorgehoben und falschen Behauptung zum Opfer gefallen bin.“

Dieses ehrenvolle Zeugnis ist durchaus ehrenvoll für die menschlichen Qualitäten des Herrn Geheimrat Kahl. Aber besser wäre es schon gewesen, er hätte diese Beweise bereits vorher angefordert. Das er das nicht tat, trägt mit dazu bei, die Glaubwürdigkeit der Arbeitgeberbehauptungen in der Öffentlichkeit noch stärker herabzusetzen. Und auf der anderen Seite dient die Leichtfertigkeit in der Weitergabe von Sachverständigenurteilen nicht nur sachlichen Austragung der über die Sozialversicherung bestehenden Differenzen.

Am den Reichswirtschaftsrat. Der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsminister dem Reichstag zugeweiht worden, nachdem der Reichsrat bereits im September dem Regierungsentwurf nach Vornahme einiger Änderungen zugestimmt hatte. Der Gesetzentwurf ist verfassungsändernd, da der in § 165 der Reichsverfassung vorgesehene Unterbau nicht gleichzeitig mitgeschaffen wird. Die Arbeitnehmer hatten gefordert, daß als Unterbau nicht die in der Verfassung vorgesehenen Klassenkammern, sondern Arbeitsgewerkschaftskammern zu errichten seien, zu denen die jetzt bereits bestehenden Unternehmerkammern umgebaut werden sollen. Dagegen erhoben Regierung und Arbeitgeber den schärfsten Widerspruch. Die Gesamtzahl der ständigen Mitglieder des RWR. wurde auf 151 festgesetzt gegenüber 144 nach der Regierungsvorlage, 126 nach dem ersten Referentenentwurf und 123 nach dem Entwurf des Verfassungsausschusses. Der Reichstag wird diese Zahl jedenfalls nicht so ohne weiteres hinnehmen, da die Vermehrung der Sitze von 144 auf 151 auf eine Ueberpannung des Regierungseinflusses hinausläuft. Außerdem wird von den Arbeitgebern eine Vermehrung der Sitze sowohl in beruflicher wie auch in regionaler Beziehung gefordert.

Unsere Volksschulen. Ueber die Volksschulen im Deutschen Reich veröffentlicht die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bemerkenswerte Angaben. Aus der Reichsschulstatistik für das Schuljahr 1926/27 geht hervor, daß im Vergleich zum Schuljahr 1921/22 die Zahl der Schüler in den öffentlichen Volksschulen von 8,89 Millionen auf 6,63 Millionen, also um 25,5 Prozent zurückgegangen ist. Dieser enorme Rückgang ist auf den Geburtenausfall während des Krieges zurückzuführen. In den Jahren von einschließlich 1914 bis einschließlich 1921 wurden im jetzigen Reichsgebiet insgesamt 10 386 000 Kinder schulpflichtig, in der Zeit von einschließlich 1919 bis einschließlich 1926 dagegen nur 7 815 000. Die Schülerzahl auf 10 000 Einwohnern ist von 1502 im Schuljahr 1921/22 auf 1062 im Schuljahr 1926/27 (um 29 Prozent) zurückgegangen. Die Schulen haben sich in dieser Zeit von 52 763 auf 52 320 (um 0,8 Prozent), die Schulklassen von 207 200 auf 187 400 (um 9,6 Prozent) und die Lehrkräfte von 195 900 auf 180 300 (um 8,0 Prozent) vermindert. Die Zahl der Lehrkräfte auf 10 000 Einwohnern hat sich von 33 auf 29 (um fast 13 Prozent) verringert. In der Hauptsache ist der Rückgang der Zahl der Lehrkräfte auf den erfolgten Abbau und auf die verringerten Einstellungen gegenüber den Abgängen zurückzuführen. Die Zahl der evangelischen Schüler hat sich um 26 Prozent, die der katholischen Schüler um 25,1 Prozent verringert. Diese Entwicklung stimmt mit den Ergebnissen der letzten Volkszählung überein. Gegenüber der Volkszählung von 1910 hat sich im heutigen Reichsgebiet die Anzahl der Angehörigen der evangelischen Konfession nach der Volkszählung von 1925 nur um 4,9 Prozent, die der katholischen dagegen um 7,1 Prozent erhöht. Die evangelischen Schulen haben sich im Schuljahr 1926/27 gegen 1921/22 um 3 Prozent verringert, die katholischen Schulen haben sich um 1,4 Prozent vermehrt. Ein bedeutender Abgang ist in der nur kleinen Anzahl der israelitischen Schulen eingetreten. Mit der Verminderung der israelitischen Schulen steht auch die Abnahme der israelitischen Lehrkräfte (um 30,7 Prozent) im Zusammenhang. Die Zahl der gemeinsamen Schulen für alle Konfessionen hat sich um 8,8 Prozent erhöht.

